

Aus dem Plenum

Mit 39 Punkten war die Tagesordnung des Oktober-Plenums reichlich gefüllt. Am Mittwochnachmittag stimmten die Abgeordneten der Fraktionen CDU und SPD im Anschluss an die Debatte der Aktuellen Stunde für das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Ministergesetzes. Die Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN votierten gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung. Die FDP enthielt sich. Der Plenar-Donnerstag begann mit einer Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) zum Thüringen-Monitor 2011. Sie

präsentierte die Ergebnisse der Befragung und stellte die Schlussfolgerungen der Landesregierung dar. Bereits seit elf Jahren misst der Thüringen-Monitor die Einstellungen der Thüringer zur Demokratie und ist somit ein verlässlicher Spiegel der politischen Kultur im Freistaat. 2011 lag der Schwerpunkt der Umfrage auf den Themen „Staatsaufgaben und Staatsausgaben“. Der Thüringen-Monitor wird konzipiert und ausgewertet von Professor Karl Schmitt und Professor Jürgen Wolff (Friedrich-Schiller-Universität Jena). Darüber hinaus stimmten die Abgeordneten für das Gesetz zur Neufassung und

zur Änderung polizeiorganisatorischer Regelungen. Kernstück der Polizeireform ist die Einrichtung einer Landespolizeidirektion, die zukünftig administrative Funktionen der bisherigen sieben regionalen Polizeidirektionen übernehmen soll. Am Donnerstagmittag wurden außerdem Mitglieder in die Versammlung der Thüringer Landesmedienanstalt gemäß § 45 Abs. 1 des Thüringer Landesmediengesetzes gewählt. Neue Mitglieder sind: Dr. Klaus Zeh (CDU), André Blechschmidt (DIE LINKE) und Uwe Höhn (SPD). Der zweite Plenartag schloss mit der Stellungnahme der Thüringer Ministerin für Bundes- und

Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei, Marion Walsmann, zur europapolitischen Strategie der Landesregierung. Weiterhin stimmten die Volksvertreter am Plenar-Freitag über das Gesetz zur Reform der Forstverwaltung ab. Die bisherige Verwaltung soll so in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Mit der Beratung zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Der Uranabbau in der DDR und seine Folgen – Sanierung der Wismut-Altlasten in Thüringen“ schloss am Freitag die Oktober Plenarsitzung des Landtags.

Tag der Verfassung und des Thüringer Landtags mit Festakt im Collegium maius begangen

Mit einem Festakt beging der Thüringer Landtag am 25. Oktober den 18. Jahrestag der Verabschiedung der Verfassung des Freistaats Thüringen und den 21. Jahrestag der Konstituierung des Thüringer Landtags. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) würdigte in ihrer Festrede die Bedeutung der Verfassung: „Die Thüringer Verfassung ist das Fundament eines starken Parlaments, das als einziges unmittelbar vom Volk legitimes Verfassungsorgan das Zentrum unserer Demokratie bildet“, so Landtagspräsidentin Diezel während der Festveranstaltung im Erfurter Collegium maius. „Der 25. Oktober erinnert uns daran, dass jede Verfassung nur so gut ist, wie ih-

re Prinzipien tatsächlich Eingang in den Alltag finden: wie gemeinwohlbezogenes Handeln von Legislative und Exe-

kutive in Gesetzen und Verordnungen konkret erfahrbar wird und wie die Bürgerinnen und Bürger durch ihr Engagement

die Verfassungswerte mit Leben erfüllen.“ Am 25. Oktober 1990, elf Tage nach der ersten freien Landtagswahl seit 1946,



Landtagspräsidentin Birgit Diezel bei ihrer Festrede

konstituierte sich der Thüringer Landtag im Deutschen Nationaltheater Weimar. Der 25. Oktober ist auch der Tag der Verfassung, die genau drei Jahre später auf der Wartburg verabschiedet wurde.

Vor der Festansprache der Landtagspräsidentin begrüßte Brigitte Andrae, Präsidentin des Landeskirchenamtes der EKM, die Gäste des Festaktes und gab einen Einblick in die Baugeschichte des Collegium maius. Ein Konzert des Kammerensembles der Hochschule für Musik „Franz Liszt“ Weimar rundete das Festprogramm ab.

Kurz gemeldet

Am 3. Oktober nahm Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) an einem Festakt der Landesregierung zum Tag der Deutschen Einheit teil und erinnerte daran, dass Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist. Zudem wurde während eines Festaktes auf Point Alpha ein Gedenkranz der Landtagspräsidentin zu Ehren der Opfer der DDR-Diktatur niedergelegt. +++ Der Bund der Zwangsausgesiedelten e.V. und die Thüringer Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Hildigund Neubert, erinnerten am 1. Oktober mit dem Kongress „Fortgerissen, Ausgesperrt, Heimatlos“ im Thüringer Landtag an die zweite Zwangsumsiedlungswelle an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. 2011 jährte sich die Umsiedlungswelle zum 50. Mal. +++ Die Thüringer Landesmedienanstalt veranstaltete am Abend des 12. Oktobers einen Parlamentarischen Abend zum Thema „Lokaler Rundfunk in Thüringen“. Landtagspräsidentin Birgit Diezel würdigte in ihrem Grußwort die Arbeit der Landesmedienanstalt. +++ Am Rande der Plenarsitzung am 13. Oktober wurden der Landtagspräsidentin 23.783 Unterschriften für ein „Volksbegehren für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“ von Peter Hammen, der Vertrauensperson der Bürgerallianz übergeben. Die Prüfung der Zulässigkeit erfolgt bis zum 24. November. +++

Aus dem Landtag

Parlamentarierdelegation besucht Südtirol

Eine fünfköpfige Parlamentarierdelegation des Thüringer Landtags folgte vom 28. September bis zum 1. Oktober 2011 der Einladung des Südtiroler Landtagspräsidenten Mauro Minniti und stattete der Autonomen Provinz Bozen einen Arbeits- und Informationsbesuch ab. Das Programm umfasste neben einem Informationsaustausch zur Europapolitik mit Vertretern der verschiedenen Fraktionen des Südtiroler Landtags auch Gespräche mit dem Landeshauptmann von Südtirol Dr. Luis Durnwalder sowie die Besichtigung der Firma Dr. Schär, die glutenfreie Lebensmittel herstellt und auch in Apolda produziert. Landtagspräsidentin Birgit Diezel

(CDU), die an der Spitze der Delegation stand, resümierte:



Die Thüringer Delegation beim Südtiroler Landtagspräsidenten Mauro Minniti

te: „Anknüpfend an die bestehenden Kontakte haben wir in den Gesprächen und Begeg-

nungen mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Kultur

vereinbart, die Verbindungen zwischen Südtirol und dem Freistaat zu intensivieren. Ins-

besondere auf dem Feld der Europapolitik streben beide Parlamente eine engere Zusammenarbeit an. Einig waren wir uns, dass sich im Europa der Regionen sowohl Südtirol als auch Thüringen stärker einbringen müssen, wenn durch Entscheidungen in Brüssel die Menschen vor Ort berührt werden.“ Ein weiteres Ergebnis des Besuchs war die Vereinbarung einer intensiven Partnerschaft zwischen der Thüringer Burgenstraße e.V. und dem Südtiroler Burgeninstitut. Neben der Präsidentin gehörten der Delegation die Abgeordneten Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE), Birgit Pelke (SPD), Heinz Untermann (FDP) und Carsten Meyer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) an.

Ausstellungen im Landtag

Ausstellungseröffnung „Malen gegen die Ohnmacht“

Vom 12. Oktober bis zum 11. November 2011 präsentiert sich eine weitere Kunstausstellung im Landtag. Gezeigt wird eine Retrospektive des Künstlers Gert Weber unter dem Titel „Malen gegen die Ohnmacht“. Der Titel verweist sowohl auf die biographische als auch auf die politische Dimension der Ausstellung.

In ihrem Grußwort zur Ausstellungseröffnung lobte Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) den Künstler: „Von Anfang an haben der Wunsch nach schöpferischem Aufbruch und das Streben nach einem Neubeginn das Werk Gert Webers geprägt. Unangefochten vom Zeitgeist geht Gert Weber seinen Weg. Das macht ihn zu einem

Künstler der unbequem ist - für sich und für andere. Dafür verdient er unsere Wertschätzung.“

Aufgewachsen im thüringischen Gräfenhain widersetzte sich Gert Weber, Jahrgang 1951, dem Diktat der sozialistischen Kunstauffassung in der DDR. Die ausgestellten Werke entfalten eine tief psychologische Wirkung auf den Betrachter. Die Arbeiten sind wahrlich keine leichte Kost, denn sie beschäftigen sich mit existenziellen Fragen. Wut, Schmerz und Verzweiflung sind wiederkehrende Themen seiner Werke. Sie zwingen den Betrachter förmlich, sich mit den Umständen ihrer Entstehung auseinanderzusetzen. In den nonkonformistischen Kunst-



werken setzt sich der Künstler kritisch mit der DDR auseinander. Ein Ausstellungsverbot zwang ihn in eine Art innere Emigration. Malen dient dabei auch der Verarbeitung seiner persönlichen Erlebnisse. Der Versuch des Freimalens gegen die erfahrenen staatlichen Abhängigkeiten in der DDR spiegelt sich in seinen Arbeiten deutlich wieder. Diese Werke konnte Gert Weber erst nach 1989 der Öffentlichkeit präsentieren.

Die Ausstellung ist der Öffentlichkeit bis zum 11. November, werktags von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr, im Funktionsgebäude des Thüringer Landtags zugänglich.

„Thüringen sagt Ja zu Kindern“ Gemeinsame Spendenaktion gestartet

Anfang Oktober ist der Startschuss für die diesjährige Kinderschutzaktion „Thüringen sagt Ja zu Kindern“ gefallen. Die Gemeinschaftsaktion des Thüringer Landtags, des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit, des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Thüringen, des Radiosenders Antenne Thüringen und der Thüringischen Landeszeitung findet bereits zum fünften Mal statt. Durch verschiedene Aktionen sol-

len Spenden gesammelt werden, die dann ausgewählten Projekten zugutekommen, die sich in besonderer Weise für den Kinderschutz und die Kinderfürsorge einsetzen. Im vergangenen Jahr konnten durch die Aktion 143.510,45 Euro an Spendengeldern gesammelt werden, die an fünf ausgewählte Kinderhilfsprojekte übergeben wurden. Auch in diesem Jahr hoffen die Initiatoren wieder auf eine rege Beteiligung. Soziale Projekte, die

sich für Kinder in Not engagieren, können sich bis Ende Oktober um die Spendengelder, die in der Adventszeit gesammelt werden sollen, bewerben. Weitere Informationen als auch ein Bewerbungsformular sind auf der Internetseite des Thüringer Landtags unter www.thueringer-landtag.de sowie auf den Internetseiten der Kooperationspartner zu finden. Spenden für „Thüringen sagt Ja zu Kindern“ erbitten die Initiatoren auf folgendes Konto

des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Thüringen:

Sparkasse Unstrut-Hainich
Stichwort:

„Thüringen sagt Ja zu Kindern“
Kontonummer: 5088
Bankleitzahl: 820 560 60





Thüringer Abgeordnete im Tiroler Landtag

Während ihres mehrtägigen Arbeitsbesuchs in Tirol machten die CDU-Abgeordneten auch Station im Parlament. Landtagspräsident DDR. Herwig van Staa (im Bild: Mitte) führte die Thüringer Politiker durchs Hohe Haus. Die Fraktion der Tiroler Volkspartei hatte die Thüringer zu einem Gegenbesuch eingeladen. Vor einem Jahr waren die Tiroler Gast in Thüringen. Impressionen: flickr.com/photos/cdu_fraktion_th.

Förderpolitik des Landes korrigieren

Angesichts des für 2012 prognostizierten schwächeren Wirtschaftswachstums fordert die CDU-Fraktion Korrekturen an der Förderpolitik des Landes. Das bekräftigte deren Obmann für Wirtschaftspolitik, Michael Heym, mit Blick auf das aktuelle Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Wirtschaftspolitiker der Union legen nach seinen Worten besonders Wert auf eine ausreichend ausgestattete einzelbetriebliche Förderung. Gegebenenfalls müsse das Verhältnis zwischen der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der einzelbetrieblichen Förderung zugunsten der Betriebe verschoben werden. Heym zufolge „wird die Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Deutschland auch Thüringen treffen. Deshalb ist es umso dringlicher, die von uns geforderte Neuorientierung in der Förderpolitik des Freistaats zügig anzugehen“. Er wies darauf hin, dass durch die einzelbetriebliche Förderung zusätzliches privates Kapital mobilisiert und eine deutliche höhere Gesamtinvestitionssumme erzielt wird.

Immer mehr Thüringer wollen eine Schuldenbremse

Mike Mohring zum aktuellen Thüringen-Monitor

Die CDU-Fraktion erhält Rückenwind für ihren Konsolidierungskurs. Immer mehr Menschen im Freistaat halten eine Schuldenbremse in der Landesverfassung für notwendig. „Im aktuellen Thüringen-Monitor haben sich rund 60 Prozent der Befragten für eine Schuldenbremse ausgesprochen. Sie sorgt sofort dafür, dass der Staat nicht mehr ausgibt, als er einnimmt. Vor allem das erwarten die Bürger in der Euro-Krise“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring (im Bild). Bei einem weiteren abgefragten Komplex – der Ge-



bietsreform – warnte Mohring vor voreiligen Schlüssen. Dass zwei Drittel der Thüringer eine Kreisgebietsreform

deutliche Zustimmung, räumte er ein. Mohring entgegnete aber: „Wir sagen trotzdem nein, denn die Frage war an eine Bedingung geknüpft: Die Reform soll Geld sparen. Tut sie aber nicht. Zunächst verursacht sie durch die Anschubfinanzierung mehr Kosten, und dass sie danach sparen hilft, konnte noch niemand schlüssig nachweisen“. Die CDU-Fraktion bekräftigte ihre Ablehnung einer Kreisgebietsreform in einem Beschluss. Demnach werde es keine Reform und auch kein Leitbildgesetz in dieser Wahlperiode geben.

Thüringen reformiert Forstwirtschaft

Thüringens Wälder werden zukünftig durch eine Landesforstanstalt mit dem Namen „ThüringenFORST“ bewirtschaftet. Der Landtag hat die Anstalt jetzt per Gesetz errichtet. „Die Aufgaben der bisherigen Landesforstverwaltung lassen sich auf diese Weise kostengünstiger, aber in gleicher Qualität erledigen“, ist der forstpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Egon Primas, überzeugt. Wie Primas sagte, hat die CDU ihr entscheidendes Ziel in dem Gesetz verankert: Das Thüringer Gemeinschaftsforstamt wird es auch in Zukunft geben. Es ist für den Waldbesitz des Staates, der Kommunen und

von Privatpersonen gleichermaßen zuständig. Die Betreuung aus einer Hand hat für Primas auch wirtschaftliche Bedeutung: 40 000 Arbeitsplätze hängen am Branchennetzwerk Forst und Holz.

Basisdienststellen werden gestärkt

„Mit dem Polizeiorganisationsgesetz schaffen wir die Voraussetzungen dafür, den hohen Thüringer Sicherheitsstandard dauerhaft zu sichern, wenn die Einwohnerzahl und die Einnahmen im Laufe des

Jahrzehnts deutlich zurückgehen.“ Das hat der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wolfgang Fiedler, anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes im Landtag erklärt. Die Polizei erhält eine schlankere und wirksamere Führungsstruktur, so dass auch dann mehr Polizisten für die unmittelbare polizeiliche Arbeit eingesetzt werden können, wenn Stellen abgebaut werden müssen. „Wir stärken die Polizeiinspektionen als Basisdienststellen“, fasste Fiedler den für die CDU entscheidenden Erfolg zusammen. Er bezeichnete das lange umkämpfte Gesetz als „guten Kompromiss“.



Mehr Infos per QR-Code

Wollen Sie mehr Informationen über die CDU-Fraktion erhalten? Einfach diesen Code mit der QR-App ihres Smartphones scannen!

Bodo Ramelow lässt sich nicht einschüchtern

Der Justiz- und Verfassungsausschuss des Thüringer Landtags hat am 5. Oktober mehrheitlich die parlamentarische Immunität von Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, aufgehoben. Die Aufhebung war von der Staatsanwaltschaft Dresden beantragt worden. Sie will gegen Bodo Ramelow wegen seiner Teilnahme an den Demonstrationen gegen einen Neonazi-Aufmarsch am 13.2.2010 in Dresden ermitteln. Die Landtagsfraktionen der LINKEN aus Sachsen, Thüringen und Hessen hatten an diesem Tag eine gemeinsame öffentliche Fraktionssitzung in Dresden anberaumt.

Ramelow reagierte empört. Da offenbar nur gegen vier Fraktionsvorsitzende der Linkspartei Anklage erhoben werde, entstehe der Eindruck, dass nicht gegen ihn als Privatperson, sondern ausdrücklich gegen den Fraktionsvorsitzenden ermittelt werde. „Das wäre ein Anschlag auf die parlamentarische Demokratie“, betonte der LINKE Politiker. Er sehe sich dadurch in seiner parlamentarischen Arbeit beeinträchtigt.

Demokratischer Protest gegen die Feinde der Demokratie

Der Fraktionsvorsitzende hatte dem Justizausschuss noch ein aktuelles Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags zugeleitet, in dem davon ausgegangen wird, dass die Dresdener Staatsanwaltschaft ohnehin rechtswidrig gegen die Demonstranten ermittelt, da das sächsische Versammlungsgesetz, gegen das Bodo Ramelow verstoßen haben soll, wegen formaler Fehler überhaupt nicht angewendet werden dürfe. Für eine Mehrheit im Thüringer Justizausschuss spielte das aber offenbar keine Rolle. Ramelow will sich indes nicht einschüchtern lassen. „Demokratischer Protest gegen die Feinde der Demokratie ist notwendig“, laute das Gebot der Stunde.

Thüringer Gemeinden müssen handlungsfähig bleiben Für die Kommunen 200 Millionen Euro mehr - ohne höhere Neuverschuldung

Die LINKE im Thüringer Landtag führt ihre Kampagne „Kommunen in Not“ bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen für den Landesetat 2012 verstärkt fort, hatte Fraktionschef Bodo Ramelow bei der mit großem medialen Interesse aufgenommenen Pressekonferenz zu den Kommunalfinanzen am 17. Oktober in Erfurt erklärt (im Foto zusammen mit der Haushaltspolitikerin der Fraktion, Birgit Keller, dem Kommunalpolitischen Sprecher, Frank Kuschel, und dem finanzpolitischen Sprecher Mike Huster).

Ramelow verwies auf den landesweiten Protesttag der Thüringer Kommunen am 8. November, mit dem sie auf ihre unzureichende Finanzausstattung erneut und nachdrücklich aufmerksam machen wollen. An diesem Tag sollen alle kommunalen Einrichtungen geschlossen bleiben. Ausgenommen seien allein Kindertagesstätten, kündigte der Städte- und Gemeindebund an.

In der Linksfraktion war nach intensiver Diskussion Übereinstimmung erzielt worden, dass mit den Änderungsanträgen zum Haushaltsplanent-

konzepts der LINKEN. Wichtiges Element ist ein Moratorium der Kreisumlage im Jahr 2012, das deren Höhe begrenzt. Die Mittel zur Kita-Finanzie-



wurf den Thüringer Kommunen 200 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt werden können – ohne höhere Neuverschuldung. Neben der Erhöhung der Finanzausstattung steht auch die Erweiterung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten im Mittelpunkt des

wurfs sollen künftig komplett im Haushalt des Kultusministeriums gebündelt werden. Für ihr Finanzkonzept hat die Linksfraktion 15 Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012, dem Finanzausgleichgesetz und dem Haushaltsbegleitgesetz vorgelegt.

Volksbegehrens-Unterschriften an Landtagspräsidentin übergeben

„Die Übergabe von rund 25.000 geprüften Unterstützungsunterschriften für den Zulassungsantrag des Volksbegehrens 'Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben' ist beeindruckender Beleg für Bürgerengagement“, so MdL Frank Kuschel. Die Probleme seien auch nach 20 Jahren noch ungelöst und die gesetzliche Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge längst überfällig. „Dafür hat

die LINKE seit Jahren immer wieder parlamentarische Initiativen ergriffen, die jedoch an der Blockadehaltung von CDU

und SPD gescheitert sind. So ist es nur folgerichtig, dass die Bürger das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen.“



Übergabe der Unterschriften-Kartons durch den Sprecher des Volksbegehrens und Vorsitzenden der Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V., Peter Hammen, an Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) und Vizepräsidentin Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE) am 13. Oktober vor dem Landtag.

Eindringlicher Appell zum Erhalt der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Gemeinsam mit Vertretern von Sozial- und Arbeitslosenverbänden sowie der Gewerkschaft hat die Landtagsfraktion der LINKEN bei einem Pressegespräch zum Tag der men-

schenswertigen Arbeit am 7. Oktober ein Umsteuern in der Arbeitsmarktpolitik gefordert. Angesichts der massiven Zunahme von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen

durch Leiharbeit oder Befristung und eines unverändert hohen Sockels von Langzeitarbeitslosen warnte sie davor, dass durch die Instrumentenreform der Bundesregierung eine Zerschlagung aktiver Arbeitsmarktförderung stattfindet. Damit würden Menschen „nicht nur dauerhaft persönlich diskriminiert und gesellschaftlich ausgegrenzt, es werden zugleich tausendfach Chancen vergeben“, betonte Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow.



„Den Reformwillen der Menschen ernst nehmen...“

Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn hielt Rede zum Thüringen-Monitor 2011

„Die Menschen sind bereit für den großen Wurf.“ Diesen Schluss zog der SPD-Fraktionsvorsitzende Uwe Höhn aus dem diesjährigen Thüringen-Monitor, mit dem sich der Thüringer Landtag im vergangenen Plenum beschäftigte. Höhn machte in seiner Rede besonders auf die Umfrageergebnisse zum Thema Gebietsreform aufmerksam, wonach sich 78 Prozent der Befragten eine Fusion ihres Kreises mit dem Nachbarkreis vorstellen können. Das sei „ein wirklich überraschendes Ergebnis“, sagte er. Es mache deutlich, dass die Bürger in Thüringen viel weiter seien als manche Fraktion oder mancher Abgeordnete im Landtag. Für Höhn ist daher klar, dass der Reformwillen in Thüringen genutzt werden müsse, an einer Verwaltungs- und Gebietsreform führe also kein Weg mehr vorbei. Der SPD-Fraktionschef sieht dadurch auch den Konsolidierungskurs seiner Partei

bestätigt. Die SPD fordere eine umfassende Strukturreform schon seit langem, auch und vor allem um des Sparens willen. „Die Finanzknappheit der

Er betonte zudem, dass eine Gebietsreform immer mit einer Verwaltungsreform zusammen gedacht werden müsse. Nur eines von beidem durchzuführen, mache keinen Sinn. Die Reformpläne der SPD hätten dabei jedoch nichts mit Bürgerferne zu tun. „Staatliche Aufgaben sollen in Zukunft vor allem auf die Kommunen übertragen werden“, so Höhn. Damit werde keine Bürgerferne, sondern im Gegenteil, mehr Bürgernähe geschaffen.

Im Zuge einer Verwaltungs- und Gebietsreform gehöre auch die weitere Existenz einer Mittelbehörde auf den Prüfstand. Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden ist diese ganz klar verzichtbar.

„Wir dürfen das Vertrauen und den Mut der Bürger nicht beschädigen“, sagte Höhn abschließend in seiner Rede. Daher gelte es nun, die Reformen zügig anzupacken.



Landtag verabschiedete Gesetz zur Forstreform

Mühlbauer: Tragfähiger Kompromiss sichert Zukunft der Forstverwaltung

„Mit der Umwandlung der Landesforstverwaltung in eine Anstalt öffentlichen Rechts sichern wir die personelle und finanzielle Zukunft der Thüringer Forstverwaltung.“ Mit diesen Worten kommentierte Eleonore Mühlbauer, naturschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, das vom Thüringer Landtag verabschiedete Gesetz zur Forstreform. Laut Mühlbauer konnten im Vergleich zum ursprünglichen Gesetzentwurf der Landesregierung besonders durch das Wirken der SPD-Fraktion entscheidende Verbesserungen erzielt werden. „Eines unserer wichtigsten Ziele war es, den Nationalpark Hainich aus der Anstalt öffentlichen Rechts herauszunehmen, um seinen Status als UNESCO-Weltnatur-

erbe nicht zu gefährden“, so die Abgeordnete. Auch sei die Einrichtung eines neuen Beirates aus Fachleuten, kommunalen und privaten Wald-

besitzern sowie Naturschutz- und Jagdverbänden ein guter Schritt.

„Besonders wichtig war uns zudem die Sicherung einer ausreichenden parlamentarischen Kontrolle der Forstverwaltung. Wir haben deshalb dafür gesorgt, dass die parlamentarischen (Mitwirkungs-) Rechte im Vergleich zum ursprünglichen Gesetzentwurf der Landesregierung entscheidend verbessert wurden“, sagte die SPD-Politikerin.

Gemäß dem neuen Gesetz müssen daher Landtagsabgeordnete im Beirat der Forstverwaltung vertreten sein. Außerdem muss der Vorsitzende des Verwaltungsrates jährlich dem Landtagsausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz Bericht erstatten.



Landtagsabgeordnete Eleonore Mühlbauer zusammen mit dem 1. hauptamtlichen Beigeordneten des Unstrut-Hainich-Kreises Bernd Münzberg und dem Leiter des Nationalparks Manfred Großmann beim Besuch der Nationalparkverwaltung (von links).



Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag
Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72336
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Baumann begrüßt Stopp der Instrumentenreform durch den Bundesrat



„Ich begrüße den Stopp der Instrumentenreform durch die Länderkammer ausdrücklich“, sagte Rolf Baumann, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, nach Bekanntwerden der Entscheidung. „Jetzt gibt es eine Chance, dieses für den Thüringer Arbeitsmarkt äußerst schädliche Gesetz entscheidend nachzubessern.“

Baumann betonte, dass der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Instrumentenreform einem Kahlschlag in der aktiven Arbeitsmarktpolitik gleichkomme. Er habe vor der Abstimmung im Bundesrat an die Landesregierung appelliert, gegen die so genannte Instrumentenreform zu stimmen, da diese allein vom Spardiktat und nicht von den Notwendigkeiten des Arbeitsmarkts und der Konjunktur geprägt sei. „Letztendlich“, so Baumann, „gefährdet die Koalition in Berlin damit den wirtschaftliche Aufschwung im Freistaat.“

Mit der geplanten Instrumentenreform würde der Bund insbesondere die Langzeitarbeitslosen klar benachteiligen, von denen in Thüringen immerhin 82 Prozent gut ausgebildete Fachkräfte seien. Baumann: „Wenn wir einen Teil unseres Fachkräftebedarfs aus den vorhandenen Langzeitarbeitslosen decken wollen, dann brauchen wir gerade in diesen Zeiten auch die finanziellen Mittel für die Aktivierung der Arbeitslosen.“

Verkehrsprojekt Deutsche Einheit vollenden FDP-Fraktionen aus Thüringen und Bayern wollen bei Verkehrsplanung und Datenschutz eng zusammenarbeiten



Die FDP-Fraktionsvorsitzenden Thomas Hacker und Uwe Barth bei der gemeinsamen Fraktionssitzung der Liberalen von Bayern und Thüringen

„Die FDP-Fraktionen im Thüringer Landtag und im Bayerischen Landtag fordern die Deutsche Bahn nachdrücklich dazu auf, einen ICE-Halt in Coburg im 2-Stunden-Takt ab Inbetriebnahme der Neubaustrecke Nürnberg–Erfurt zu realisieren“, erklärten die beiden Fraktionsvorsitzenden Uwe Barth und Thomas Hacker nach einer gemeinsamen Fraktionssitzung in Straufhain/Thüringen. Es bestehe ausreichendes Potenzial an Nutzern – schon aus dem Einzugsgebiet in Oberfranken und Südthüringen – für einen regelmäßigen ICE-Halt in Coburg. Dadurch werde auch der Bevölkerung des Südthüringer Raumes eine Fernverkehrsbindung zu den Städten Erfurt, Nürnberg und München garantiert. „Angesichts der Bedeutung dieses Raumes als Wirtschaftsstandort erwarten wir eine klare Absichtserklärung der Deutschen Bahn für die regelmäßige Bedienung Coburgs.“ Die Vollendung der Ausbau- bzw. Neubaustrecke Nürnberg–Erfurt sei eines der wichtigsten Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, bekräftigten die liberalen Parlamentarier aus Thüringen und Bayern. Die Liberalen beider Länder wollen außerdem beim Datenschutz eng zusammenarbeiten. „Die FDP-Fraktionen Thüringen und Bayern setzen

sich dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger die Kontrolle über ihre Daten zurück erhalten und vor einer Datensammelwut durch den Staat oder die Wirtschaft geschützt werden“, heißt es in einer in Straufhain verabschiedeten Erklärung. Um die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, fordern die Fraktionen, vor dem Hintergrund der technischen Entwicklung und der immer stärkeren Digitalisierung aller Lebensbereiche, eine stärkere Aufklärungsarbeit sowie ein modernes Datenschutzrecht, welches den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist. Hierzu zählten insbesondere die Stärkung der Auskunfts- und Informationsrechte von betroffenen Bürgern. „Denn nur mit maximaler Transparenz und Nachvollziehbarkeit ist eine Kontrolle über die eigenen Daten mög-

lich.“ Um eine solche Kontrolle zu gewährleisten, müssten Bürgerinnen und Bürger darüber informiert werden, welche Daten zu welchem Zweck erhoben, gespeichert, weitergegeben und verwendet werden, wie sie diese einsehen und gegebenenfalls korrigieren oder löschen lassen könnten und welche die verantwortlichen Stellen für die Datenverarbeitung seien. „Nur so können Transparenz und Nachvollziehbarkeit als wesentliche Grundlagen eines modernen und effektiven Datenschutzes entstehen.“ Die Liberalen beider Bundesländer wollen sich dafür einsetzen, dass das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung in das Grundgesetz und die Landesverfassungen aufgenommen wird. „Der Verfassungsgeber muss verdeutlichen, dass

er in der Lage ist, den Grundrechtsschutz der Bürger zeitgemäß zu stärken.“ Den Tag der Deutschen Einheit und den 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer hatten die liberalen Landtagsfraktionen Bayerns und Thüringens zum Anlass genommen für ihr erstes Treffen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze im Rodachtal. „Wir wollen den Wert von Freiheit und die Kraft, die das Streben nach Freiheit auszulösen imstande ist, gemeinsam würdigen“, so die beiden Fraktionschefs im Rahmen des Empfangs im Zweiländermuseum Rodachtal, bei dem die liberalen Parlamentarier an die Zeit des Auf- und Umbruchs erinnerten. Nach der gemeinsamen Fraktionssitzung und dem Empfang in Streufdorf/Thüringen besuchten die Parlamentarier die Firmen KTS – Kunststofftechnik Straufhain GmbH (Thüringen) und Wehrfritz GmbH (Bayern). Eine zweite Parlamentariergruppe informierte sich in Seßlach/Oberfranken über die Initiative



Der Bürgermeister von Seßlach, Hendrik Dressel (FW), im Gespräch mit Landtagsvizepräsidentin Franka Hitzing (FDP)

Rodachtal. Die Gespräche zwischen den beiden FDP-Landtagsfraktionen sollen fortgesetzt werden.

Aus dem Oktober-Plenum berichtet

Thüringen-Monitor

Es sind 82 Prozent der Thüringer, die Ausgabenkürzungen gegenüber Steuererhöhungen oder der Aufnahme neuer Schulden den Vorzug geben, 61 Prozent sprechen sich für die von der FDP-Fraktion beantragte Aufnahme der „Schuldenbremse“ in die Verfassung aus, so das Fazit, das der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth aus den Ergebnissen des Thüringen-Monitors 2011 zieht. Die Liberalen fühlen sich deshalb in ihrem Kurs der Haushaltskonsolidierung und der Forderung nach einem Schuldenabbau bestätigt.

Aktuelle Stunde

„Es genügt nicht, lapidar zu behaupten, dass die ‚aufgeflogene‘ Software in Thüringen nicht verwendet wird“, kritisierte der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dirk Bergner, im Rahmen der Aktuellen Stunde auf Antrag der FDP-Fraktion. „Ich hätte mir eine baldige Diskussion dazu im Innenausschuss gewünscht“, bedauerte Bergner die Weigerung der Regierungskoalition, sich mit dem FDP-Dringlichkeitsantrag zum Einsatz von Lausch- und Spähsoftware durch Thüringer Behörden zu befassen.

Ministergesetz

„Die Koalition hat das Ministergesetz ohne Änderungen durchgesetzt“, zeigte sich der FDP-Fraktionsvorsitzende Uwe Barth über die Ablehnung des Antrags der FDP enttäuscht. Die Regierungsfaktionen hätten damit die Chance vertan, ein glaubwürdiges Signal der Sparsamkeit zu setzen. „In eigener Sache wird das Geld der Steuerzahler gern weiter mit vollen Händen ausgegeben. Das Kabinett spart an sich selbst nichts“, so Barth, der die betroffenen Minister zur Debatte zitierte und namentliche Abstimmung beantragte.

Landeserziehungsgeld

„Die richtigen Argumente werden sich am Ende durchsetzen“, ist der sozialpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Marian Koppe überzeugt. Bereits seit zwei Jahren fordere seine Fraktion nun die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes: „Das Erziehungsgeld bleibt aus Sicht der Thüringer Liberalen ungerecht und Ausdruck einer konservativen Familienpolitik“, so Koppe in der Debatte zum Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, den die Regierungsfaktionen erneut ablehnten.

Aufruf zu Reformen

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wertet die Ergebnisse des Thüringen-Monitors als klaren Aufruf, wichtige Reformen endlich anzugehen.

„Wir leben in Strukturen, die an einer viel größeren Bevölkerungszahl ausgerichtet sind. Nun muss die Politik gemeinsam mit den Menschen die

Probleme anpacken“, sagt Anja Siegesmund, Vorsitzende der bündnisgrünen Fraktion. Sie warnt aber auch vor dem Anstieg rechtsextremer Tendenzen in der Thüringer Bevölkerung. „Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, bleibt der Freistaat unattraktiv für Zuwanderer.“ Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehören der Kampf gegen den

Rechtsextremismus, die Entwicklung einer Willkommenskultur und die Schaffung politischer Transparenz ebenso zu den Hauptaufgaben Thüringer Politik wie die Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung und die Durchführung einer Struktur-, Verwaltungs- und Funktionalreform. „80 Prozent Zustimmung sind ein klarer Hand-

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Thüringer Landtag**
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72666
Fax: 0361 37 72665
www.gruene-fraktion.thueringen.de

lungsauftrag. Die nötigen Schritte müssen jetzt eingeleitet werden“, so Siegesmund.

Chance vertan

Das „Thüringer Gesetz zur Neufassung und zur Änderung polizeiorganisatorischer Regelungen“ bleibt aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinter den Erwartungen zurück.

„Noch belegt Thüringen bei der Aufklärungsquote einen Spitzenplatz unter den Bundesländern und völlig zu Recht gebührt den Beamtinnen und Beamten Anerkennung für die gute Arbeit, die sie jeden Tag leisten. Ob dieser hohe Anspruch auch in den nächsten Jahren erfüllt werden kann, ist

angesichts des demographischen Wandels und der Personalentwicklung der Polizei allerdings fraglich. Denn dieses Gesetz beantwortet die anstehenden Fragen der inneren Sicherheit nicht“, sagt Dirk Adams, innenpolitischer Sprecher der bündnisgrünen Fraktion. „Dass die nun errichteten Doppelstrukturen zu Optimierung und Kosteneinsparungen führen sollen, ist nicht nachvollziehbar. Hier wurde eine große Chance vertan, die Zukunft der Thüringer Polizei auf ein nachhaltiges Fundament zu stellen“, schließt Adams.

Historisches Erbe (er)fahren – Der Radweg am ehemaligen eisernen Vorhang

Das Parlament beauftragte die Landesregierung, sich beim Bund dafür einzusetzen, den Iron Curtain Trail (ICT) in das nationale Radwegenetz und danach in die landesweite Radwegeplanung aufzunehmen. Außerdem soll der ICT für den Tourismus nutzbar gemacht werden.

Jennifer Schubert, verkehrspolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN freut sich, dass das Anliegen der bündnisgrünen Initiative fraktionsübergreifenden Zuspruch fand. „Leider versäumte die Koalition,

aus dem Antrag einen fraktionsübergreifenden Antrag des gesamten Ausschusses zu machen. Stattdessen legte sie ohne Diskussion einen Alternativantrag auf den Tisch, der sich im Anliegen kaum unterscheidet“, bedauert Schubert. Die bündnisgrüne Fraktion erwartet nun entschlossene Maßnahmen zur Umsetzung des Projektes. Denn der europäische Radweg verspricht laut mehreren Studien Einnahmen für Thüringen in Millionenhöhe. „Davon können vor allem die Anrainerkommunen profitieren“, so Schubert.



Am 28. September 2011 eröffnete Vizepräsidentin Astrid Rothe-Beinlich die Ausstellung „OstMenschen – WestMenschen“ im Thüringer Landtag. Diese nimmt die „BetrachterInnen mit auf eine Reise - zurück in die letzten Jahre des mitunter eis-kalten Krieges und der deutschen Teilung. [...] Die Fotos von Demme und Eckart lenken unseren Blick auf Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede des Lebens in Ost und West. [...] Und zwar nicht [nur] mit Momentaufnahmen von großen Ereignissen und historisch bedeutsamen Momenten, sondern durch einen Blick in die Gesichter der Menschen.“

Strategie mit vielen offenen Fragen

So einig sich die Parteien im Landtag über eine intensivere Beschäftigung mit der Europapolitik sind – wenn es konkret wird, bleiben viele ungeklärte Fragen.

Anlässlich der Landtagsdebatte zur „Europa-Strategie der Landesregierung“ wurde dies deutlich. Es ging darum, die Zielvorgaben der EU für bessere Bildung, Armutsbekämpfung oder auch höhere Umweltstandards auf Thüringer Ebene zu betrachten. „Wir vermissten dabei beispielsweise Aussagen zur internationalen Zuwanderung, Kriterien für die internationalen Partner-

schaften des Freistaates oder verbindliche Vorgaben für die Reduzierung des Flächenverbrauchs“, sagt Carsten Meyer, europapolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Das Papier zeigt in Vielem eine gute Absicht, mehr allerdings nicht. Der zentrale Mangel – nicht nur bei diesem Thema – ist aber die fehlende Aussage, wie viel Geld für die hohen Ziele zur Verfügung stehen wird.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden daher im Ausschuss noch viele Fragen zu diesem Thema stellen.



Dr. Frank Augsten (Foto links) forderte am 13. Oktober bei einer Demo vor dem Thüringer Landtag, keine industriemäßig geführten Intensivtierhaltungsanlagen mehr zu genehmigen. Diese bringen Belastungen für Tier, Mensch und Umwelt und schädigen die Thüringer Landwirtschaft. Anlagen, wie die in Alkersleben, gehen zu Lasten von kleineren Einheiten in Thüringen.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@
landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.
thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:

Dr. Detlef Baer

Satz und Layout:

Andrea Parsche

Druck:

Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Europäisches Ombudsman-Institut (EOI) weiter unter der Präsidentschaft der Südtiroler Volksanwältin Dr. Burgi Volgger

Bei ihrer Zusammenkunft vom
23. bis zum 25. September 2011
in Novi Sad (Serbien) hat die
Generalversammlung des Euro-
päischen Ombudsman-Instituts
(EOI) die Südtiroler Volks-
anwältin Dr. Burgi Volgger für
weitere zwei Jahre zur Präsi-
dentin des EOI gewählt. Bei
den turnusmäßig abgehaltenen
Wahlen wurde auch der Stell-
vertreter des Bürgerbeauftrag-
ten Mecklenburg-Vorpommerns,
Wolfgang Schloh, erneut in den
Vorstand des EOI gewählt. Wol-
fgang Schloh nimmt zurzeit kom-
missarisch die Aufgaben des Bür-
gerbeauftragten wahr, nachdem der

Amtsinhaber Bernd Schubert
am 4. Oktober 2011 seine Ab-
geordnetentätigkeit im Land-
tag aufgenommen und damit
das Amt des Bürgerbeauftragten
des Landes Mecklenburg-
Vorpommern aufgegeben hat.

Das Europäische Ombudsman-
Institut wurde im Jahre 1988
gegründet und hat seinen Sitz
in Innsbruck. Es ist eine gemein-
nützige, wissenschaftliche Ver-
einigung mit dem Zweck, die
Ombudsman-Idee zu verbreiten
und zu fördern und die europä-
ischen Volksanwälte zu vernetzen
und zu unterstützen. Ihm ge-

hören derzeit 117 Ombuds-In-
stitutionen aus ganz Europa,
darunter aus Bosnien und Her-
zegowina, Deutschland, Grie-
chenland, Großbritannien, Ir-
land, Italien, Kasachstan, Kir-
gisien, Litauen, Belgien, den
Niederlanden, Österreich, Ru-
mänien, der Russischen Föderation,
der Schweiz, der Slowakei,
Slowenien, Tschechien und
Ungarn, an.

Die Bürgerbeauftragte des
Freistaats Thüringen ist seit
2004 Mitglied im EOI und auf
diese Weise in den europä-
ischen Diskurs der Ombudsleu-
te eingebunden.

Der Datenschutzbeauftragte

Informationsfreiheit nur mit Datenschutz!

In der Vergangenheit haben
sich europaweit die Bestrebun-
gen verstärkt, staatliches Han-
deln für den Bürger transpa-
rent zu machen. So wurde ab
dem 01.01.2006 nach dem Vor-
bild etlicher anderer Staaten
mit dem Bundes-Informations-
freiheitsgesetz in Deutschland
ein allgemeines Informations-
zugangsrecht für Bürger zu
Unterlagen der Bundesbehörden
geschaffen. Thüringen ist – wie
acht weitere Bundesländer –
diesem Beispiel gefolgt und
hat zum 29.12.2007 das Thü-
ringer Informationsfreiheitsge-
setz in Kraft gesetzt, das weit-
gehend auf das Informations-
freiheitsgesetz des Bundes ver-
weist. Damit haben die Bürger
in Thüringen erstmals unab-
hängig von ihrer persönlichen

Betroffenheit ein Zugangsrecht
zu bei den öffentlichen Stellen
vorliegenden Informationen.
So positiv es auch ist, dass das
staatliche Handeln durch der-
artige Regelungen für alle Bür-
ger transparenter wird, muss
eins klar sein: Der Schutz perso-
nenbezogener Daten geht vor!
Staatliche Stellen sind grund-
sätzlich auskunftspflichtig,
aber der einzelne Bürger muss
davor geschützt werden, dass
er durch den Umgang mit sei-
nen personenbezogenen Da-
ten durch öffentliche Stellen
in seinem Persönlichkeitsrecht
beeinträchtigt wird. Das Aus-
kunftsinteresse findet also bis
auf wenige Ausnahmen dort
seine Grenze, wo es um persö-
nliche Daten von Dritten geht.
Dann sind diese nach dem in

Thüringen geltenden Recht
zunächst zu hören. Zugang
zu personenbezogenen Da-
ten darf nur gewährt werden,
wenn der Betroffene einge-
willigt hat. Ohne Einwilligung
ist dies nur möglich, wenn der
Auskunftssuchende ein rechtli-
ches Interesse an der Auskunft
geltend macht und sein Aus-
kunftsinteresse das schutz-
würdige Interesse des Betrof-
fenen am Ausschluss des In-
formationszugangs überwiegt.
Im Zweifel muss die Auskunft
über personenbezogene Daten
immer unterbleiben. Dem Aus-
kunftssuchenden steht näm-
lich immer noch der Rechtsweg
offen; hingegen kann eine ein-
mal erteilte Auskunft nachträglich
nicht mehr rückgängig ge-
macht werden.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Stasi-Unterlagengesetz geändert

Der Bundestag hat das Stasi-
Unterlagen-Gesetz erneut ge-
ändert. Der Bundesrat muss
dem noch zustimmen.

Erleichterungen bei der Akten- einsicht

Nahe Angehörige von Verstor-
benen können zukünftig leicht-
er Auskunft aus den zu ihren
Verwandten geführten Stasi-
Akten bekommen, wenn es um
die Eingriffe des MfS in das Le-
ben der Angehörigen geht, so-
weit keine schutzwürdige Inter-
essen des Verstorbenen oder
ggf. anderer Angehöriger vor-
liegen. So öffnet sich für die
junge Generation eine neue
Quelle zum Verständnis der
SED-Diktatur.

Weiter Überprüfungen auf frü- here MfS-Tätigkeit

Arbeitgeber können auch zu-
künftig wichtige Mitarbeiter
überprüfen. Dies wäre sonst
zum Jahresende vorbei gewe-
sen. Der Gesetzgeber reagierte
damit vor allem auf die Situa-
tion im Land Brandenburg, wo
die Presse erst jüngst in ver-
schiedenen Bereichen der Ver-
waltung, der Polizei und der
Justiz zahlreiche Stasifälle auf-
deckte.

Wichtig ist, dass zukünftig wie-
der Kandidaten für Parlamente
und kommunale Vertretungen
sowie für Bürgermeister- und
Wahlbeamten-Posten über-
prüft werden können. Zuletzt

war nur noch die Überprüfung
bereits gewählter Mitglieder
oder Beamter möglich gewe-
sen, was zu Konflikten in der
nachträglichen Bewertung der
Wahlen führte.

Von nun an können Gedenk-
stätten und Aufarbeitungsein-
richtungen nicht nur ihre
Mitarbeiter, sondern auch die
ehrenamtlichen Gremienmit-
glieder und Mitarbeiter über-
prüfen. Das wird die Glaubwür-
digkeit der Gedenkstätten
stärken.

Geregelt wurden auch die Vor-
schriften zur Archivierung von
Überprüfungsunterlagen. Die-
se sind dem regional zuständi-
gen Archiv anzubieten.